

INTERJEKTE 15

2025

SCHLAGLICHTER AUF DEN AKTUELLEN NAHOSTKONFLIKT

Eva Geulen
(Hg.)

zfl

**LEIBNIZ-ZENTRUM
FÜR LITERATUR- UND
KULTURFORSCHUNG**

Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung
Pariser Straße 1 | 10719 Berlin
T +49 (0)30 20192-155 | F -243 | sekretariat@zfl-berlin.org

INTERJEKTE ist die thematisch offene Online-Publikationsreihe des Leibniz-Zentrums für Literatur- und Kulturforschung (ZfL). Sie versammelt in loser Folge Ergebnisse aus den Forschungen des ZfL und dient einer beschleunigten Zirkulation dieses Wissens. Informationen über neue Interjekte sowie aktuelle Programmhinweise erhalten Sie über unseren E-Mail-Newsletter. Bitte senden Sie eine E-Mail mit Betreff »Mailing-Liste« an newsletter@zfl-berlin.org.

IMPRESSUM

Herausgeber Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL)
www.zfl-berlin.org

Direktorin Eva Geulen

Redaktion Dirk Naguschewski

Gestaltung KRAUT & KONFETTI GbR, Berlin

Coverbild D. M. Nagu: Scars (2020)

Layout/Satz Emma Neuhaus und Niki Khonsari

Korrektorat Niki Khonsari

DOI: [10.13151/IJ.2025.15](https://doi.org/10.13151/IJ.2025.15)



Sämtliche Texte stehen unter der Lizenz **CC BY-NC-ND 4.0**. Die Bedingungen dieser Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den*die jeweilige*n Rechteinhaber*in.

© 2025 / Das Copyright liegt bei den Autor*innen.

INHALT

- 04 **VORWORT – WENN WIRKLICHKEIT
WISSENSCHAFT EINHOLT UND WIE
WISSENSCHAFT SPRECHFÄHIG
BLEIBT**
Eva Geulen
- 09 **GERMAN “ERINNERUNGSKULTUR” AND
THE GAZA WAR**
Stefani Engelstein
- 28 **THE DOUBLE BIND OF THE CIVIC
OPPOSITION TO THE ISRAELI
GOVERNMENT**
Alma Itzhaky
- 40 **KEINE NEBENSACHE: ADANIA SHIBLIS
POLITISCHER ROMAN**
Ivana Perica, Gabriel Schmitt, Ella Uebachs

VORWORT – WENN WIRKLICHKEIT WISSENSCHAFT EINHOLT UND WIE WISSENSCHAFT SPRECHFÄHIG BLEIBT

Eva Geulen

I.

Zum Forschungsprofil des ZfL gehört die Aufmerksamkeit für aktuell drängende Probleme und Fragestellungen. Ausdrücklich wird der sogenannten Wirklichkeit also ein Mitspracherecht bei der Forschungsagenda eingeräumt. Sowohl die schwierige Rolle von wissenschaftlichem Expertenwissen in den gesundheitspolitischen Entscheidungen der Regierung während der Corona-Pandemie als auch die Gründung der an die Jugendbewegung Fridays for Future anschließenden Gruppe Scientists for Future (auf die zwei Jahre später die des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit folgte)¹ gaben Anlass zu der Frage, ob sich in dem gewiss immer spannungsreichen Verhältnis von Wissenschaft und Politik in jüngster Zeit etwas verschoben oder vielleicht sogar grundsätzlich geändert haben könnte. Nachdem wir bereits auf einer ersten Tagung im Oktober 2022² verschiedene Dimensionen dieses Verhältnisses ausgelotet hatten, wurde »Aktivismus und Wissenschaft« mit Beginn des Wintersemesters 2023/24 zum ZfL-Jahresthema – unserem Format für die explorative Beschäftigung mit offenen Fragen. Für eine Laufzeit von drei Semestern wollten wir uns das Thema »Aktivismus und Wissenschaft« in gemeinsamen Lektüren und Diskussionen erarbeiten.

Das Wintersemester 2023/24 hatte noch nicht begonnen, aber das einführende Faltblatt zum neuen Jahresthema war gerade erschienen,³ als am 7. Oktober

2023 die Hamas in einer beispiellosen Terrorattacke in Israel einbrach, über tausend Zivilist*innen brutal ermordete und mehrere hundert als Geiseln verschleppte. Unmittelbar darauf begann der Krieg Israels in Gaza. Und weltweit begannen unmittelbar nach der Attacke die Solidaritätsbekundungen, in Deutschland von Regierungsseite vor allem gegenüber Israel unter Verweis auf die von Angela Merkel neu belebte Idee einer Staatsräson, der zufolge Deutschland Israel bedingungslos solidarisch zur Seite zu stehen habe, einschließlich Waffenlieferungen.⁴ Es gab aber auch sofort propalästinensische Solidaritätsbekundungen, darunter solche mit antisemitischen Zügen. In der weiteren Entwicklung des Krieges polarisierte sich die Situation in Deutschland zusehends. Besondere Gestalt nahm das in einer wahren Flut offener Briefe und Gegenbriefe an. Polarisierung manifestierte sich allerdings auch in einer politisch induzierten Praxis der Ein- und Ausladungen im kulturellen Sektor (in mancher Hinsicht an die Diskussionen um Antisemitismus auf der Documenta 15 anknüpfend⁵), die Ivana Perica, Gabriel Schmitt und Ella Uebachs in ihrem Beitrag an einem ausgewählten Beispiel untersuchen.

Im Frühjahr und Sommer 2024 schließlich wurden die an führenden US-amerikanischen Universitäten

files/zfl/downloads/forschung/ZfL_Jahresthema_Aktivismus-und-Wissenschaft.pdf.

1 Vgl. die Websites von Fridays for Future: <https://fridaysforfuture.de> (alle zitierten Onlinequellen, sofern nicht anders angegeben, zuletzt aufgerufen am 17.02.2025) und von Scientists for Future: <https://de.scientists4future.org>.

2 »Aktivismus und Wissenschaft I: Zur Theorie, Geschichte und Aktualität einer Provokation«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/veranstaltungen-detail/items/aktivismus-und-wissenschaft-i-zur-theorie-geschichte-und-aktualitaet-einer-provokation.html>.

3 Das Faltblatt ist verfügbar unter: <https://www.zfl-berlin.org/>

4 Vgl. Josef Isensee: »Die Wiederkehr der Staatsräson«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.09.2024, <https://www.faz.net/einspruch/die-wiederkehr-der-staatsraeson-19992960.html>. Das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow (DI), mit dem das ZfL seit vielen Jahren eine enge Kooperation pflegt, hat zu diesem Thema kürzlich seine Jahrestagung veranstaltet; vgl. die Website des Instituts: <https://www.dubnow.de/veranstaltung/staatsraeson-zur-geschichte-eines-missverstaendnisse>.

5 Vgl. das Projekt von Georg Simmerl: »Strategien der Kritik. Eine systematische Rekonstruktion der Debatte um die documenta fifteen«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/projekt/strategien-der-kritik.html>.

von Studierenden errichteten propalästinensischen Protestcamps, z. B. an der Columbia University, mit Polizeigewalt geräumt. Mindestens drei Universitätspräsidentinnen mussten nach einer Anhörung im US-Kongress zurücktreten, weil sie nicht energisch genug gegen Antisemitismus auf dem Campus vorgegangen seien. Propalästinensische Protestcamps und Besetzungen fanden auch in zahlreichen europäischen Ländern statt. Besonders viel Aufmerksamkeit erregten sie in Berlin, wo Anfang Mai zunächst an der Freien Universität (FU) eine propalästinensische Demonstration unter Polizeieinsatz von der Universitätsleitung unterbunden worden war. Das hatte am 8. Mai einen offenen Brief zur Folge, in dem gut tausend Lehrende verschiedener Universitäten sich für das Recht ihrer Studierenden auf friedlichen Protest aussprachen – zum Entsetzen vieler vor allem aufseiten von Politik und Staat, die darin eine Duldung von Antisemitismus sahen. Wenig später erfolgte die Besetzung des Institutes für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) durch propalästinensische Gruppen (nicht nur Studierende). Die Universitätsleitung duldete das bis zum 23. Mai, an dem eine Gruppe der Protestierenden unter Geleit von Universitätsangehörigen das Gebäude verließ. Andere verblieben im Gebäude, das dann von der Polizei geräumt wurde und sich, wie anschließend festgestellt wurde, in einem katastrophalen Zustand befand, einschließlich antisemitischer Pro-Hamas-Schmierereien.

Die teils gewaltsamen Proteste an der FU und der HU bilden den Hintergrund der sogenannten Fördergeldaffäre. Im Juni 2024 waren interne Mailwechsel aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Leitung der damaligen Ministerin Bettina Stark-Watzinger veröffentlicht worden. Aus ihnen ging hervor, dass ernsthaft erwogen wurde, denjenigen Wissenschaftler*innen, die den offenen Brief unterschrieben hatten, etwaige Fördergelder des BMBF zu entziehen.⁶

II.

Bis zu diesem Zeitpunkt war ›Aktivismus von oben‹ eine Formel gewesen, mit der wir in unseren ZfL-internen Diskussionen um »Aktivismus und Wissenschaft«⁷ tentativ der Beobachtung Ausdruck verleihen wollten, dass private und staatliche Geldgeber nicht nur ihre Erwartungen an die unmittelbare Verwertbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse für Krisenlösungen merklich schärfer formulierten, sondern unter dem Druck der vielen Krisen die Forschung z. T. auch sehr direkt mitbestimmen möchten. Mit der sogenannten Fördergeldaffäre gewann ›Aktivismus von oben‹ überraschend und definitiv ›von oben‹ eine neue Dimension, denn hier sollte eine politische ›Staatsräson‹ bzw. deren Auslegung durch eine Ministerin direkte Folgen für Förderentscheidungen haben.⁷ Die im Zusammenhang mit der Affäre von der Bundesministerin in den Ruhestand versetzte Staatssekretärin Sabine Döring (nun wieder Philosophieprofessorin an der Universität Tübingen) ließ in einem Vortrag auf der ZfL-Jahrestagung im Dezember 2024⁸ keinen Zweifel, dass die Verpflichtung der Wissenschaft auf eine von der Bundesregierung verfolgte politische Linie in ihren Augen tatsächlich einen Fall von ›Aktivismus von oben‹ darstellt, der die Wissenschaftsfreiheit einschränkt.

Wissenschaftsfreiheit ist sicherlich niemals absolut, denn institutionalisierte Wissenschaft, auch die außeruniversitäre, ist staatlich eingeräumte, staatlich finanzierte und insofern immer auch staatlich verpflichtete Wissenschaft. (Dass die Universitäten dem Staat seine Juristen, Lehrer, Ärzte usw. ausbilden, hatte sich Kant im *Streit der Fakultäten* zunutze gemacht, um die in der Rangordnung niedrigste philosophische Fakultät der Obrigkeit als die einzig zweckfreie und deshalb zur Kontrolle der anderen Fakultäten besonders geeignete Fakultät anzuprei-

6 Für eine israelische Leserschaft hat unsere ZfL-Kollegin Shira Miron diese Zusammenhänge jüngst in *Haaretz* zusammengefasst: »In the Fraught Debate Over Antisemitism in Germany, Jews Are Just a Pawn in a Larger Battle«, in: *Haaretz*, 11.01.2025, <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-01-11/ty-article-magazine/highlight/in-the-fraught-debate-over-antisemitism-in-germany-jew-are-just-a-pawn-in-a-larger-battle/00000194-5237-d775-ab9f-53bf130a0000>.

7 Freilich hat auch die DFG als wichtigste deutsche Forschungsförderorganisation im § 1 ihrer 2023 abgeänderten Satzung wissen lassen, dass sie unter Umständen nicht mehr nur wissenschaftliche Initiativen bei ihren Förderentscheidungen berücksichtigt: »Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert Forschung höchster Qualität. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Förderung von aus der Wissenschaft selbst entwickelten Vorhaben im Bereich der erkenntnisgeleiteten Forschung.« (»Satzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft«, DFG, 19.07.2023, <https://www.dfg.de/de/ueber-uns/ueber-die-dfg/satzung>) Was außerhalb dieses Schwerpunkts in Betracht kommen könnte, wird leider nicht gesagt.

8 »Aktivismus und Wissenschaft. Felder und Verfahren des akademischen Aktivismus«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/newsletter-leser/zfl-info-85-2024-aktivismus-und-wissenschaft-felder-und-verfahren-des-akademischen-aktivismus.html>.

sen.) Jedenfalls war unsere spekulative Formel eines ›Aktivismus von oben‹ in unerwarteter Weise von der Wirklichkeit bestätigt worden.

Während das im Fall der Fördergeldaffäre offen zutage lag und das ohnehin gestörte Vertrauensverhältnis von Wissenschaft und Politik weiter belastete, wurde im Herbst 2024 ausgerechnet der Kampf gegen Antisemitismus zu einem Streitpunkt zwischen Wissenschaft und Politik. Im November wurde im Deutschen Bundestag mit breiter Mehrheit eine erste Antisemitismus-Resolution verabschiedet.⁹ Im Januar 2025, nachdem die Ampel-Regierung geplatzt war, einigte man sich auf eine zweite Resolution, die insbesondere die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen und Hochschulen in den Blick nahm.¹⁰ Die beiden Resolutionen zugrunde liegende Antisemitismusdefinition orientiert sich an jener der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA),¹¹ die in der Wissenschaft umstritten ist. Eine Alternative zu dieser Definition ist die *Jerusalem Declaration on Antisemitism*,¹² von der es heißt, sie gebe einer nicht-antisemitischen Kritik an Israel mehr Spielraum als die IHRA. Auf die beiden Resolutionen (die Empfehlungen darstellen und nicht verbindlich sind) reagierten Teile der deutschen Wissenschaft rasch und vehement¹³ und, einmal mehr, mit einem offenen Brief, der die Wissenschaftsfreiheit als durch die Resolution gefährdet bezeichnete. Dieser Brief wurde nicht nur von Privatpersonen unterschrieben, sondern auch von Leitungspersonen von Institutionen wie dem Potsdamer Einstein Forum und dem Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Wissenschaftliche Institutionen stehen bei besonders einschneidenden politischen Ereignissen immer vor der Frage, ob sie sich als Institution äußern und positionieren wollen, können oder sollten. Darüber

hatte das ZfL mit seinem starken osteuropäischen Fokus schon im Februar 2022 zu entscheiden, als Russland die Ukraine angriff. Wir haben damals von einer Stellungnahme abgesehen und diese Linie auch nach der Terrorattacke der Hamas und dem Beginn des Krieges in Gaza beibehalten. Das ZfL hatte sich in der Debatte um die Protestcamps an Berliner Universitäten nicht positioniert, sich zur Fördergeldaffäre nicht geäußert und sah auch dieses Mal von einer offiziellen Stellungnahme für oder wider ab, u. a., weil der Positionierungsdruck in einer polarisierten Öffentlichkeit erpresserische Formen annehmen kann und sich überschlagende Ereignisse oft nicht mehr kontrollierbare Eigendynamiken annehmen: Was man gestern gesagt hat, gilt in einer neuen Situation schon nicht mehr.¹⁴ Andererseits war auch deutlich, dass man bei der Beschäftigung mit ›Aktivismus und Wissenschaft‹ nicht gut von der eigenen Positionierung in einer aktuellen Debatte absehen kann, in der es genau um dieses Verhältnis ging.

Der Druck, sich wenigstens in Gestalt einer solidarischen Unterschrift zu äußern, ist massiv gestiegen, seit der offene Brief zum privilegierten Medium politischer Stellungnahmen und Auseinandersetzungen avanciert ist. Wenn man nicht selbst einen Text initiiert, reduziert sich die Entscheidung auf die Frage, ob man als Institution eine Unterschrift leistet oder nicht. Allerdings ist die Unterschrift so leicht geleistet, dass auch das Tücken hat, vor allem in einer dynamischen Situation. (Einige Universitäten haben nach den Ereignissen im Frühsommer des vergangenen Jahres ausführliche Media-Policies für ihre Beschäftigten entworfen, die aber zwangsläufig so allgemein gehalten sind, dass in spezifischen Fällen viele konkrete Fragen offenbleiben.) Eine Belehrung über das Wesentliche, etwa welchen Unterschied es macht, wenn man als Privatperson von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht und wann man als Wissenschaftlerin das Wort ergreift, schien uns unter ZfL-Bedingungen nicht nötig. Die Alternative zur passiven Unterschrift, nämlich einen eigenen ZfL-Text aufzusetzen, entfiel, weil bereits deutlich geworden war, dass es im Hause zu keinem der zahlreichen

9 »Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken«, *Deutscher Bundestag*, 05.11.2024, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>.

10 »Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegneten sowie den freien Diskursraum sichern«, *Deutscher Bundestag*, 28.01.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/147/2014703.pdf>

11 »Arbeitsdefinition von Antisemitismus«, *International Holocaust Remembrance Alliance*, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

12 Website der Jerusalem Declaration on Antisemitism: <https://jerusalemdeclaration.org>.

13 Zur Kritik an der ersten Resolution vgl. Jung & Naiv: »Massive Kritik an Antisemitismus-Resolution des Bundestages | Komplette PK 6. November 2024«, *YouTube*, 06.11.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=TkM4-g5bKr8>.

14 Am 17. Mai hatte ich der Wissenschaftsjournalistin Eva Murašov vom *Tagesspiegel* die Freigabe für ein Interview gegeben, das in der Kolumne »Im Gespräch mit ...« erscheinen sollte. Da die universitären Protestcamps zu diesem Zeitpunkt bereits intensiv diskutiert wurden, wollten ihre Kolleg*innen daraus einen aktuellen Aufmacher machen. Mitten in die Überarbeitung des Textes fiel am 23. Mai zunächst die Räumung des HU-Protestcamps und dann die sogenannte Fördergeldaffäre. Ich habe das unter anderen Umständen entstandene Interview schließlich zurückgezogen.

strittigen Punkte einen Konsens gab. Deshalb haben wir als hausinterne Regel formuliert, dass Petitionen, offene Briefe und alle anderen Kundgebungen dieses Typs nicht über Institutsmailadressen, sondern über private Mailadressen kommuniziert werden sollen.

III.

Mittelbar hat diese Entscheidung allerdings auch fragwürdige Effekte gezeitigt. Der Beschluss mag dazu beigetragen haben, dass die hausinterne, eigentlich sehr lebendige Debattenkultur dieses politische Thema mied. Zwar haben wir alle in vielen verschiedenen Kontexten seit dem 7. Oktober 2023 schmerzliche Erfahrungen mit den Grenzen der Kommunikation gemacht. Aber es blieb doch befremdlich, dass im relativ geschützten Diskursraum des ZfL beim Jahresthema »Aktivismus und Wissenschaft« nun ausgerechnet der Nahostkonflikt und die Rolle der deutschen Wissenschaftsinstitutionen im Verhältnis zur deutschen Regierungspolitik ausgespart blieb. Dabei ging es natürlich um Rücksichtnahme und Vorsicht angesichts großer Empfindlichkeiten und vielfach blank liegender Nerven. Selbstzensur wäre zu viel gesagt, aber in der Sache lief es am Ende darauf hinaus, dass das Thema in den hausöffentlichen Sitzungen nicht angesprochen wurde – bis dann einige Kolleg*innen die Initiative ergriffen und die ersten Schritte unternahmen, diesem Zustand ein Ende zu setzen. Dazu bot sich die besondere Situation der jährlichen ZfL-Klausurtagung an, die im Juni 2024 stattfand. Am Rande der gemeinsamen Lektüren gab es erstmals und ausdrücklich auf freiwilliger Basis Gespräche über den Nahostkonflikt, seine Hintergründe und Kontexte in kleineren Gruppen. Wir haben das dann fortgesetzt. Aber groß war auch das Bedürfnis nach einem Signal wiedergewonnener Sprechfähigkeit nach außen. Es liegt mit dieser Ausgabe der *Interjekte* vor.

Schon das zum Auftakt des ZfL-Jahresthemas veröffentlichte Faltblatt zu »Aktivismus und Wissenschaft« hatte sich durch unterschiedliche Perspektiven ausgezeichnet. Das gilt auch von den drei Beiträgen zum Nahostkonflikt. Dass die Linie zwischen Privatperson und Wissenschaftlerin eigentlich nie trennscharf verläuft, bestätigt sich hier, denn die drei Autorinnen sind nicht nur Wissenschaftlerinnen, sondern auf die eine oder andere Weise auch persönlich Betroffene. Dass sie eben deshalb skrupulös zwischen wissenschaftlicher Funktion oder Expertise und persönlicher Betroffenheit zu unterscheiden bemüht sind, schließt Konfrontation und selbst Polemik nicht aus.

Stefani Engelstein ist Professorin an der Duke University und verbrachte das akademische Jahr 2023/24 mit ihrem Forschungsprojekt »Geschlecht und Gegensatz«¹⁵ am ZfL. Als US-amerikanische Jüdin und kulturwissenschaftlich arbeitende Germanistin rekonstruiert Stefani Engelstein in ihrem Beitrag die verschiedenen Stationen des offiziellen Umgangs mit dem Holocaust-Gedenken in Deutschland, von der Vergangenheitsbewältigung bis zur Willkommenskultur. Sie macht dabei auf blinde Flecken und Einseitigkeiten aufmerksam und trägt der Ironie des Umstands Rechnung, dass ausgerechnet Deutsche glauben, darüber entscheiden zu können, wer Jude und wer Antisemit sei. Außerdem kann sie zeigen, dass der dominante deutsche Diskurs nicht nur andere Minderheiten (etwa Palästinenser*innen) benachteiligt, sondern in ihm überdies die Vielfalt jüdischen Lebens, auch die politische, zu kurz kommt. Bei der Lektüre ihres Textes steht mir als nichtjüdischer Deutscher vor Augen, dass ich vielen Aspekten zwar zustimmen würde, aber lieber stillschweigend als lautstark. Es ist nicht schon Selbstzensur, wenn man anerkennt und mitreflektiert, aus welcher Position man spricht.

Auch Alma Itzhaky spricht aus verschiedenen Positionen heraus. Sie ist Künstlerin und Philosophin, deren Arbeiten an der Schnittstelle von Kunst und Politik angesiedelt sind. Sie wurde 2018 in Tel Aviv mit einer Arbeit über Hannah Arendts *Vita Activa* promoviert und ist seit Dezember 2022 als Stipendiatin der Minerva-Stiftung mit einem Postdoc-Projekt über israelische und palästinensische Gegenwartskunst am ZfL tätig.¹⁶ Als jüdische Israelin mit einer längeren Geschichte aktivistischen Engagements ist sie mit der israelischen Politik vertraut und so in der Lage, in ihrem Beitrag die innenpolitischen Kontexte des Landes zu erhellen.

Auch die aus Kroatien stammende Literaturwissenschaftlerin Ivana Perica beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Zusammenhang von Politik und Kunst. Seit 2023 arbeitet sie am ZfL im Rahmen des von ihr mitinitiierten Projekts »Kartographie des politischen Romans in Europa« (CAPONEU).¹⁷ CAPONEU wird im Rahmen des Forschungs- und Innovationspro-

15 »Geschlecht und Gegensatz«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/projekt/geschlecht-und-gegen-satz.html>.

16 »Gestörte Landschaften: Umweltimaginationen in der palästinensischen und israelischen Gegenwartskunst«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/projekt/umweltimaginationen.html>.

17 »Kartographie des politischen Romans in Europa«, *ZfL Berlin*, <https://www.zfl-berlin.org/projekt/kartographie-des-politischen-romans-in-europa.html>.

gramms Horizon Europe der Europäischen Union gefördert, einer Förderlinie also, die die Tendenz zur aktivistischen Wissenschaftsförderung unterstützt, denn dieses Förderformat »facilitates collaboration and strengthens the impact of research and innovation in developing, supporting and implementing EU policies while tackling global challenges«.¹⁸ Ivana Perica hat also auch von daher Anlass und Gelegenheit, sich mit Fragen von Politik und institutionalisierter Wissenschaft zu befassen.

Alle drei Autorinnen haben sich in unterschiedlichem Maße ein Stück weit aus ihren aktuellen Forschungskontexten herausbegeben, um sich im Zeichen unseres Jahresthemas auf professionelle und persönliche Weise auf einige Facetten des aktuellen Nahostkonflikts einzulassen. Besonders lohnend ist die Lektüre der drei Beiträge im Ensemble, denn dabei wird sichtbar, dass ungeachtet ihrer unterschiedlichen Perspektiven die Texte der drei Autorinnen unerwartete Überschneidungen aufweisen. Und diese Erfahrung ist nicht weniger wichtig als die komplementäre, dass nicht immer dasselbe aus jeder beliebigen Sprecher*innenposition sagbar ist. Allerdings erübrigt sich auch nicht der Hinweis, dass die Komposition dieser *Interjekte*-Ausgabe nicht den Kriterien an »Ausgewogenheit« entspricht, die heute häufig, z. B. für die Zusammensetzung von Podiumsdiskussionen, angelegt werden. Wenn unter Ausgewogenheit verstanden wird, dass die jeweils direkt entgegengesetzte Position auch zu Wort kommen müsse, leistet unser Heft das nicht. Wir sind den drei Kolleginnen jedenfalls sehr dankbar, dass sie bereit waren, eigens für diese *Interjekte*-Ausgabe etwas zu schreiben. Alle Interessierten erwartet eine spannende und anregende Lektüre.

18 »Horizon Europe«, *European Commission*, https://commission.europa.eu/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes/horizon-europe_en.